Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten der kommunalen Gebietskörperschaften

Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung (im Folgenden als «Charta» bezeichnet, SEV Nr. 122) unterzeichnen,

in der Erwägung, dass es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herzustellen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, zu wahren und zu fördern;

in der Erwägung, dass das Recht auf Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten einer der demokratischen Grundsätze ist, die allen Mitgliedstaaten des Europarats gemeinsam sind;

in der Erwägung, dass die Entwicklung in den Mitgliedstaaten die überragende Bedeutung dieses Grundsatzes für die kommunale Selbstverwaltung gezeigt hat;

in der Erwägung, dass es sinnvoll wäre, die Charta um Bestimmungen zu bereichern, die das Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten der kommunalen Gebietskörperschaften garantieren;

unter Berücksichtigung des vom Ministerkomitee am 27. November 2008 angenommenen Übereinkommens des Europarats über den Zugang zu amtlichen Dokumenten;

unter Berücksichtigung ebenfalls der Erklärung und des Aktionsplans, die auf dem Dritten Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Europarats (Warschau, 16. und 17. Mai 2005) angenommen wurden,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten einer kommunalen Gebietskörperschaft

1. Die Vertragsstaaten garantieren jedem in ihrem Zuständigkeitsbereich das Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten einer kommunalen Gebietskörperschaft.

SR

¹ Übersetzung des englischen und des französischen Originaltextes. Diese Übersetzung ist vorläufig. Sie wird für den Fall, dass das Protokoll von der Schweiz ratifiziert werden sollte, noch einmal genau geprüft und der schweizerischen Terminologie und der Terminologie der Charta angepasst.

2. Das Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten einer kommunalen Gebietskörperschaft bezeichnet das Recht, die Ausübung der Befugnisse und Zuständigkeiten einer kommunalen Gebietskörperschaft bestimmen oder beeinflussen zu wollen.

3. Die Mittel zur Erleichterung der Ausübung dieses Rechtes werden durch Gesetz geregelt. Für bestimmte Umstände oder Kategorien von Personen können durch Gesetz besondere Massnahmen vorgesehen werden, ohne irgendwelche Personen oder Gruppen ungerechtfertigt zu diskriminieren. Im Einklang mit den verfassungs- und völkerrechtlichen Verpflichtungen der betreffenden Vertragspartei können durch Gesetz insbesondere Massnahmen geregelt werden, die ausdrücklich auf Wähler begrenzt sind.

4.1 Jede Vertragspartei erkennt durch Gesetz das Recht ihrer Staatsangehörigen an, bei der Wahl von Mitgliedern des Rates oder der Versammlung der kommunalen Gebietskörperschaft, in der sie ihren Aufenthalt haben, als Wähler oder Kandidaten mitzuwirken.

4.2 Ebenso wird das Recht sonstiger Personen auf eine derartige Mitwirkung in Fällen gesetzlich anerkannt, in denen die Vertragspartei dies im Einklang mit ihrer eigenen verfassungsmässigen Ordnung beschliesst oder dies den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragspartei entspricht.

5.1 Etwaige Formalitäten, Voraussetzungen oder Einschränkungen bezüglich der Ausübung des Rechtes auf Mitwirkung an den Angelegenheiten einer kommunalen Gebietskörperschaft müssen durch Gesetz vorgeschrieben und mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragspartei vereinbar sein.

5.2 Durch Gesetz werden diejenigen Formalitäten, Voraussetzungen und Einschränkungen vorgeschrieben, die notwendig sind, um sicherzustellen, dass die ethische Integrität und die Transparenz bei der Ausübung von Befugnissen und Zuständigkeiten kommunaler Gebietskörperschaften durch die Ausübung des Rechtes auf Mitwirkung nicht gefährdet werden.

5.3 Sonstige Formalitäten, Voraussetzungen oder Einschränkungen müssen für das Funktionieren einer wirkungsvollen politischen Demokratie, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in einer demokratischen Gesellschaft oder für die Einhaltung von Erfordernissen der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragspartei notwendig sein.

Artikel 2 Massnahmen zur Umsetzung des Mitwirkungsrechts

1. Die Vertragsstaaten ergreifen alle notwendigen Massnahmen zur Verwirklichung des Rechts auf Mitwirkung an den Angelegenheiten kommunaler Gebietskörperschaften.
2. Diese Massnahmen betreffend die Ausübung des Rechtes auf Mitwirkung umfassen es,
 - i. kommunale Gebietskörperschaften zu ermächtigen, die Ausübung des in diesem Protokoll niedergelegten Rechtes auf Mitwirkung zu ermöglichen, zu fördern und zu erleichtern;
 - ii. Folgendes sicherzustellen:
 - a) die Festlegung von Verfahren zur Beteiligung der Bevölkerung; hierzu können Anhörungsverfahren, kommunale Volksentscheide und Petitionen sowie in Fällen, in denen die kommunale Gebietskörperschaft sehr viele Einwohner hat und/oder ein grosses geografisches Gebiet abdeckt, Massnahmen zur bürgernahen Beteiligung der Bevölkerung gehören;
 - b) die Festlegung von in Übereinstimmung mit der verfassungsmässigen Ordnung und den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragspartei stehenden Verfahren für den Zugang zu amtlichen Dokumenten, die sich im Besitz kommunaler Gebietskörperschaften befinden;
 - c) die Festlegung von Massnahmen, mit denen den Bedürfnissen von Personenkategorien entsprochen wird, die sich besonderen Hindernissen bei der Mitwirkung gegenübersehen, und
 - d) die Festlegung von Mechanismen und Verfahren für die Behandlung und Beantwortung von Beschwerden und Vorschlägen bezüglich der Arbeitsweise kommunaler Gebietskörperschaften und kommunaler öffentlicher Dienste;
 - iii. die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Förderung und Ausübung des in diesem Protokoll niedergelegten Rechtes auf Mitwirkung anzuregen.
3. Die Verfahren, Massnahmen und Mechanismen können sich je nach Art der kommunalen Gebietskörperschaft unter Berücksichtigung ihrer Grösse und Kompetenzen voneinander unterscheiden.
4. Bei den Planungs- und Entscheidungsprozessen in Bezug auf die zur Verwirklichung des Rechtes auf Mitwirkung an den Angelegenheiten einer kommunalen Gebietskörperschaft zu treffenden Massnahmen werden die kommunalen Gebietskörperschaften rechtzeitig und in geeigneter Weise so weit wie möglich konsultiert.

Artikel 3 Gebietskörperschaften, auf welche das Protokoll Anwendung findet

Dieses Protokoll gilt für alle Arten von kommunalen Gebietskörperschaften, die im Hoheitsgebiet der Vertragspartei bestehen. Jedoch kann jeder Staat bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde die Arten von kommunalen oder regionalen Gebietskörperschaften bezeichnen, auf die er den Anwendungsbereich des Protokolls beschränken oder die er von dessen Anwendungsbereich ausschliessen will. Er kann ferner durch spätere Notifikation an den Generalsekretär des Europarats weitere Arten von kommunalen oder regionalen Gebietskörperschaften in den Anwendungsbereich des Protokolls einbeziehen.

Artikel 4 Räumlicher Geltungsbereich

1. Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Protokoll Anwendung findet.
2. Jede Vertragspartei kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Protokolls auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Protokoll tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.
3. Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in Bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 5 Unterzeichnung und Inkrafttreten

1. Dieses Protokoll liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, die Unterzeichner der Charta sind, zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Ein Mitgliedstaat des Europarats kann dieses Protokoll erst ratifizieren, annehmen oder genehmigen, wenn er vorher oder gleichzeitig die Charta ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.
2. Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem acht Mitgliedstaaten des Europarats nach Absatz 1 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Protokoll gebunden zu sein.

3. Für jeden anderen Mitgliedstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Protokoll gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 6 Kündigung

1. Jede Vertragspartei kann dieses Protokoll jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.
2. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 7 Notifikation

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls nach Artikel 5;
- d) jede nach Artikel 3 eingegangene Notifikation;
- e) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Protokoll.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichnenden dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Utrecht, am 16. November 2009 in französischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats beglaubigte Abschriften.

Erklärungen

Schweiz²

Gestützt auf Artikel 3 des Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung betreffend das Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten der kommunalen Gebietskörperschaften erklärt die Schweiz, dass dieses in der Schweiz für die Einwohnergemeinden («communes politiques»/«comuni politici») gilt.

² Art. 1 Abs. 3 des BB vom ... (AS).